

Erich Mühsam (1878-1934)

Der Gefangene

Ich hab's mein Lebtage nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasernt,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:
Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? - Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen bessere Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
der folgt, mich zu betrügen,
mir in den Kerker ohne Scham.
Ich soll dem Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Stellt doch den Frevler an die Wand!
So kann's euch wohl genügen.
Denn eher dorre meine Hand,
eh ich in Sklavenunverstand
der Geißel sollt mich fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
darf ich in vollen Zügen
die Sonne atmen - Tyrannei!
Dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
Verlern es, dich zu fügen!
Sich fügen heißt lügen!

Frida



Juli

85

1. Juli 1985

Lieber Rundbriefleser, liebe Rundbriefleserin,

Der Rundbrief Nr.5 ist geschafft, und ist unserer Ansicht nach vielfältig in den Themen und den Positionen in und über die Friedensbewegung. Dies liegt sicher auch daran, daß die Redaktion Artikel aufgenommen hat, die ihr zugeschickt wurden. Das ist gut so und schafft die Möglichkeit, daß der FRIDA-Rundbrief einen Spiegel der HNER Friedensbewegung werden kann. Das heißt auch, daß wir langfristig planen, daß der Rundbrief in einen aktuellen Teil und in einen Schwerpunktteil aufgliedert werden soll. Dazu sammeln wir alles was bei Euch in der Schublade liegt oder Euch unter den Nägeln brennt, und was Euch wichtig und fruchtbar zur Diskussiin erscheint. Wir danken den Gruppen, die sich die Mühe gemacht haben die Fragen, bzw. einen Teil der Fragen für den Erfahrungsbericht zum Stationierungstreffen zu beantworten. Wir werden im nächsten Rundbrief ein Protokoll von diesem Treffen bringen.

Bis Mitte August

fridaliche Grüße

Juli

Vorwärts kleiner necker Mann!

Heute fängt dein Urlaub an

Pauschalflug an das Schwarze Meer

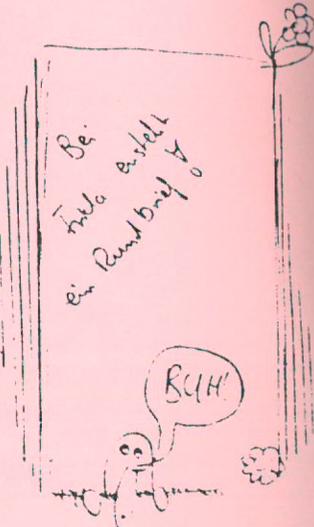
Krim - diesmal ohne Schießgewehr



x
20.6.85

Inhaltsangabe:

Stationierung war Verfassungsbruch	3-5
Situation der Friedensbewegung	5-9
Bombenstimmung	9
Verweigerungskampagne	10-13
Chronik	14/15
Suchspiel...	16/17
Bürger/innen beobachtet	16
Personalienverweigerung	19-21
Urteil im "Namen des Volkes"	22-23
Kalifornische Impressionen	24/25
Termine	26
Buslinie	27



Impressum:
Dieser Rundbrief wird in einer Auflage von 200 Stück vom FRIDA-Büro an Friedensgruppen und Einzelkämpfer/innen verteilt.

Frida
Friedensbüro HN
Werderstraße 142
7100 Heilbronn
Tel. 0 71 31/8 53 71

Spendenkonto: Freisprekasse Heilbronn - 385 440 S-Junkert

Stationierung war

Verfassungsbruch

Urteil im Prozeß um die Blockade des US-Depots Hausen

Die Stationierung des Atomwaffensystems Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Ansicht eines Frankfurter Amtsgerichts verfassungswidrig. Das Gericht sprach mit dieser Begründung im Prozeß um die Blockade des US-Nachschubdepots Frankfurt-Hausen die sechs Angeklagten vom Vorwurf der Nötigung frei. Die Sitzblockade vom 9. Dezember 1983 gegen die "Nachrüstung" sei nicht rechtswidrig, sondern eine legitime Ausübung der Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit gewesen.

In seiner Urteilsbegründung erklärte der Richter, für die Stationierung habe in der Bundesrepublik keine Rechtsgrundlage bestanden. Die Bundesregierung habe vielmehr geltendes Verfassungsrecht in zweifacher Hinsicht gebrochen. Indem sie mit der Pershing II - Stationierung sowohl gegen das Gebot der Wiedervereinigung in der Präambel des Grundgesetzes als auch gegen das Verbot eines Angriffskrieges in Artikel 26 des Grundgesetzes verstoßen habe.

Aufgrund des Gebotes der Wiedervereinigung habe die Bundesregierung alles zu unterlassen, was die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefährde. Die Raketenstationierung bedrohe jedoch in besonderem Maße die DDR als einen Teil des deutschen

Provokante Schelte

von Siegfried Lambert

HS
20.6.85

Man kann nicht gerade behaupten, daß das jüngste Urteil im Zusammenhang mit der Raketen-Stationierung in Bonn das große Stauen ausgelöst hat. Manch einer unserer bedeutenden Politiker mag über die provokante Schelte des kleinen Frankfurter Richters nur milde lächeln; wohl wissend, daß hier auf einer untergeordneten Ebene Recht in einer Angelegenheit gesprochen wurde, die weitaus größere Kompetenz verlangt, um endgültig und vor allem bindend zu wirken.

In der Tat, rein juristisch betrachtet hat der Spruch aus Hessen nur minimale Konsequenzen. Aber politisch gesehen stellt der Freispruch der Frankfurter Blockierer eine hochbrisante Entscheidung dar.

Das Urteil kann und wird nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit bleiben. Die richtige Adresse dafür ist Karlsruhe - das Verfassungsgericht. Aber auch wenn ein kleiner Amtsrichter es einmal wagt, dessen Position einzunehmen und gegen den breiten Strom von Paragraphen zu schwimmen, die bislang bundesweit bei Protestaktionen gegen die Pershing-II-Raketen bemüht wurden, ist das weniger ein Zeichen von Arroganz als vielmehr ein Hinweis auf die Unabhängigkeit unserer Rechtsprechung. Die Urteilsbegründung verdient im übrigen weitaus mehr Beachtung als der Stellenwert der Justizbehörde, von der das Urteil gesprochen wurde.

Den Anstoß zu diesen spektakulären Freisprüchen gaben zwei Experten, deren unzweifelhafte Sachkompetenz jeden Versuch, sie mit ihren Bedenken gegen das amerikanische Waffensystem in die Ecke von schwarzmalenden Querdenkern zu drängen, von vorneherein ausschließt: Carl-Friedrich von Weizsäcker und Horst Ahfeldt.

Der Richter in Frankfurt hat ihre Bedenken zu den seinen gemacht und sie juristisch mit dem Grundgesetz begründet. Seine Einschätzung der Blockade militärischer Einrichtungen - eine auch in Heilbronn auf der Waldheide seit Monaten praktizierte Form des zivilen Ungehorsams, die nach dem Spruch von Frankfurt weder rechtswidrig ist noch den Tatbestand der Nötigung erfüllt - wird bei vielen Bürgern für erneutes Nachdenken sorgen; gleichgültig, ob sie seine Ansicht teilen oder nicht.

Volkes. Mit ihrer Zustimmung zur Stationierung beteilige sich die Bundesregierung an einem "böswilligen Spiel mit dem Feuer", weil dadurch der US - Präsident ermächtigt werde, kraft eigener Entscheidung die auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten Raketen gegen die Staaten des Warschauer Pakts einzusetzen. Dies könne von der DDR so verstanden werden, daß die Bundesregierung von ihrem Ziel der Wiedervereinigung Abstand genommen habe.

Hilfe vom „Staat“

FR 21.

Zum erstenmal hat nun ein bundesdeutsches Gericht Angeklagte von dem Vorwurf der Nötigung freigesprochen, die in Frankfurt mit der Blockade von US-Depots ihren Protest gegen die Stationierung von Raketen zum Ausdruck bringen wollten. Zum erstenmal ist dabei das sogenannte Tatbestandsmerkmal „verwerflich“ verneint worden — und das mit einer Begründung, die aus dem Munde eines beamteten Juristen nicht gerade alltäglich klingt. Die Umsetzung des Nato-Doppelbeschlusses, so heißt es, sei ein Verstoß gegen die Verfassung gewesen.

Nun kann man einräumen, daß die juristische Bewertung dieses höchst umstrittenen politischen Vorgangs in der nächsten Instanz mit einiger Wahrscheinlichkeit kassiert werden wird. Man muß nicht erst die Urteil-Serie in Schwäbisch Gmünd bemühen, um zu dokumentieren, was die überwiegende Mehrheit der Justiz wohl von Blockaden hält. Aber immerhin gab es doch auch in den Mutlangen-Verfahren zaghafte Ansätze von Verständnis für die moralische Qualität des Anliegens der Angeklagten.

Am Main hat sich der „Staat“ jetzt sogar mit hochgezogenen Begründungen auf die Seite der Beschuldigten gestellt. Und zumindest soviel gibt das Urteil zu bedenken: Auch Richter empfinden inzwischen die Diskrepanz zwischen der Strategie einer im Ernstfall alles vernichtenden Abschreckung und einem Sanktionen-Katalog, der allen Absagen dagegen und Formen des Aufgebührens nur begrenzt noch Rechnung trägt.

rr

Da die Stationierung einen verfassungswidrigen Akt der Bundesregierung darstelle stünden die Raketen ohne jeglichen Rechtsgrundlage auf deutschem Boden, erklärte der Richter. Daraus folge, daß die Blockade - Aktion der Angeklagten zwar Nötigung aber nicht verwerflich im Sinne des Strafgesetzes sei.

(4)



Die Pershing II - Raketen seien infolge ihrer besonderen Zielgenauigkeit "Erst-einsatzwaffen". Ihre Stationierung stelle eine "völkerrechtlich unzulässige Androhung von Gewalt dar. So erreiche dieses Waffensystem eine "Vernichtungswahrscheinlichkeit" von 96 bis 99 Prozent. Dadurch, daß operative militärische Ziele mit hoher Genauigkeit getroffen werden könnten, vermindere sich der Gewissenskonflikt für die Militärs, der aus der Gefährdung der Zivilbevölkerung resultiere. Die geringere Gefährdung wiederum erhöhe die Bereitschaft, die Waffe einzusetzen. Damit hätten die USA "in böswilliger friedensstörender Absicht" die Kriegsgefahr erhöht und die Vorbereitung zu einem eventuellen Angriffskrieg getroffen. Die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung berechtige zu der Annahme, daß solchem Verhalten "eine böswillige, friedensfeindliche Tendenz eigen ist".

Frieden schaffen



ohne Waffen

Im Wortlaut: FR 24.6. Totale Verwirrung

In ungewöhnlicher Form hat sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der als Minister auch dem Kabinett Kohl angehört mit dem Spruch eines Frankfurter Richters auseinandergesetzt, der Blockierer einer vermuteten Pershing-Raketenstellung in Hausen freigesprochen und die Raketenstationierung für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt hatte. Auszüge aus Geißlers offizieller Stellungnahme

Das Urteil eines Frankfurter Amtrichters, in dem die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen als verfassungswidrig bezeichnet wurde, wird der rechtlichen Überprüfung nicht standhalten... Hier wurde das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit mißbraucht und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland mißachtet. Die politische Begründung dieses Urteils ist das Ergebnis der Politisierung der Justiz. Sie soll dazu beitragen, demokratisch legitimierte Entscheidungen auszuhöhlen.

Ursache dieser Entwicklung ist die systematische Verschiebung der Wertkoordinaten in unserem Volk. So wird von Teilen der Friedensbewegung, der Grünen und auch der SPD die Verteidigungswürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland zunehmend in Frage gestellt. Der Verteidigungsbeitrag im Rahmen des Atlantischen Bündnisses wird kritisiert und die Sowjetunion wird verarmlost. Es besteht bei vielen keine Klarheit mehr darüber, wer unser Freund ist und wer unsere Freiheit bedroht. Die Gewalt wird als Mittel der politischen Auseinandersetzung relativiert, es werden Ängste geschürt und die demokratisch legitimierten Maßnahmen des Staates veräußelt.

Das Urteil mißachtet vor allem die Tatsache, daß die Spannung zwischen Ost und West nicht begründet ist in der Existenz von Waffen — der große Irrtum der sogenannten Friedensbewegung —, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur.

Nur so ist zu verstehen, daß das Urteil in einem Akt totaler Begriffsverwirrung die Verteidigungsbereitschaft des freien Westens in die „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ umfälscht und gleichzeitig aus dem Gebot des Grundgesetzes, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, die Verpflichtung zur Bewahrung der Freiheit einfach unterschlägt.

Dieses Urteil beweist, daß wir eine neue Aufklärung über die Ordnung der Werte und über die Rangfolge der politischen Ziele brauchen. Wir brauchen eine geistige Offensive, die wieder klarmacht, daß es wahren Frieden ohne Freiheit und Menschenrechte nicht gibt und keine Freiheit ohne Recht. Unser Verteidigungsbeitrag sichert Frieden und Freiheit nach außen, das Recht schützt Frieden und Freiheit im Innern. Dieses Urteil darf im Interesse des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit keinen Bestand haben.

REAKTIONEN REAKTIONEN REAKTIONEN REAKTIONEN

„Richter sind keine Künstler“

Mainzer Minister sieht Angriff auf die Gewaltenteilung

MAYEN, 24. Juni (dpa). Die richterliche Unabhängigkeit darf nach Ansicht des rheinland-pfälzischen Justizministers Professor Heribert Bickel (CDU) von den Richtern nicht als persönliches Privileg verstanden werden. Sie dürfe dabei auch die Persönlichkeit und den Arbeitsstil des Richters nicht so prägen, daß er sich als „freischaffender Künstler“ jenseits von Gesetz und Recht empfinde, sagte der Minister am Montagabend in einer Veranstaltung in Mayen (Landkreis Mayen-Koblenz).

Unter Anspielung auf das Urteil des Frankfurter Amtrichters, der Demonstranten vom Vorwurf der Nötigung freigesprochen hatte, da ihre Blockaden des US-Depots in Frankfurt-Hausen wegen Verfassungswidrigkeit der Nahrung gerechtigt seien, sprach Bickel von einem „schiefen Verständnis“ der richterlichen Unabhängigkeit und einem Angriff auf das Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Gesetzgeber, Verwaltung und Rechtssprechung. Der Richter sei weder Ersatzgesetzgeber noch sei es seine Sache, politische Gestaltungsprozesse zu beeinflussen, sagte der Politiker.

Die Unabhängigkeit eines Richters solle ihm ermöglichen, seiner verfassungs-

rechtlichen Bindung an Gesetz und Recht zu genügen, seine Entscheidung frei von sachwidrigen Einflüssen zu treffen und so der Gleichheit vor dem Recht und der Gerechtigkeit dienen. „Wenn der Richter diese Grenzen verkennt und überschreitet, sprengt er den Wirkungskreis der rechtssprechenden Gewalt und löst die Balance der Gewaltenteilung einseitig zugunsten der Rechtssprechung auf“, meinte Bickel.

* FR 26.6.

BONN (AP). In der vor allem von Unionspolitikern geäußerten Kritik an dem Frankfurter Richter sieht die SPD eine „gezielte Richterdiffamierung und Einschüchterung der Justiz“. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Herta Daubler-Gmelin sagte am Dienstag in Bonn, die mit Schmähworten wie „Mißbrauch richterlicher Unabhängigkeit“, „ein Fall für den Staatsanwalt“ und „chaotischer Amtrichter“ gespickten Äußerungen dokumentierten einen Umgang mit der dritten Gewalt, „wie ihn zuletzt die Deutschenationalen in der Weimarer Republik gepflegt und damit dieser ersten Demokratie den Garau gemacht haben“.

Richter bestürzt über Politiker-Äußerungen

Kritik am Urteil im Blockade-Prozeß zurückgewiesen

Von unserem Mitarbeiter Reino Schönberger

FR 25.6.

Der Präsident des Frankfurter Amtrichters, Manfred Wick, äußerte sich am Montag besorgt über die Reaktionen verschiedener Politiker auf den Freispruch im Prozeß um die Hausener Blockade. „Ich bin bestürzt“, sagte Wick gegenüber der FR. „Äußerungen in dieser Form von Politikern zu hören, die zum Teil auch ein Jura-Studium hinter sich gebracht haben.“

Wick, der sich auf Zeitungsberichte bezog, in denen sich der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, und der Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), scharf gegen das Urteil gewandt hatten, war insbesondere darüber erstaunt, daß die Stellungnahmen zu einem Zeitpunkt kamen, in dem der Wortlaut des Urteils diesen Politikern noch gar nicht vorgelegen habe.

Darüber hinaus hat der Amtrichterspräsident den Eindruck, daß den lautstarken Kritikern auch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Dezember 1983 und vom 18. Dezember 1984 „inhaltlich nicht genau bekannt sind“. Anders als etwa vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Miltner, behauptet, habe das höchste deutsche Gericht nämlich nicht die Stationierung für verfassungskonform erklärt. „Inhalt und Form der Äußerungen legen die Vermutung nahe“, meinte Wick, „daß verfassungsrechtliche Grundsätze der Gewaltenteilung verschoben werden sollen.“

Eine inhaltliche Bewertung des Urteils, nach dem die Zustimmungserklärung der Bundesregierung zur Stationierung der Pershing-II-Raketen als grundgesetzwidrig eingestuft wird, lehnte Wick im Hinblick auf die richterliche Unabhängigkeit ab. Für dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen habe er keinen Anlaß. Den Vorwurf der Rechtsbeugung, der von Stoiber und in mehreren Briefen an das Gericht erhoben wurde, wies Wick als „absurd“ zurück.

Gegen den CSU-Bundestagsabgeordneten Niegel, der in einer Stellungnahme von einem „chaotischen Amtrichter“ gesprochen hatte, wird eine Strafanzeige wegen Beleidigung nicht erwogen. Die Äußerung sei derart unqualifiziert, meinte Amtrichterspräsident Wick, daß für eine weitere Stellungnahme keine Veranlassung bestehe. Er halte die Äußerung Niegels für unverantwortlich und für die Stellung eines Abgeordneten nicht vertretbar.

(5)

EINIGE ANMERKUNGEN ZUR

SITUATION DER FRIEDENSBEWEGUNG

Nachfolgende Anmerkung sollen kein geschlossenes Konzept, sondern lediglich Ansatzpunkte für eine Diskussion sein. Diese Diskussion über die Friedensbewegung ist aber unbedingt notwendig um aus der Defensivsituation, in der wir uns zur Zeit befinden, heraus zu kommen.

ZUR SITUATION

Die Heilbronner Friedensbewegung ist wieder in der gleichen Perspektivlosigkeit verfangen, wie ^{sie} dies nach der nicht verhinderten Stationierung von Pershing II Raketen war. Der Unfall vom 11. Januar dieses Jahres hat nur eine Zeit lang, einen scheinbaren Aufschwung, zumindest der Aktivitäten gebracht. Die ihm folgenden Angstkampagnen haben zwar mehr Menschen als je zuvor in Heilbronn angesprochen ("Marsch der 10 000"), sie haben uns aber gleichzeitig auch immer weiter in die Sackgasse hineingetrieben, aus der wir nun fast nicht mehr heraus können. Diese Angstkampagnen haben die Inhalte der Friedensbewegung noch mehr verkürzt, als dies durch den Minimalkonsens eh schon der Fall war. Todesangst wurde Antriebskraft der Mobilisierung gegen die Atomwaffenbasis Waldheide, sie bestimmte die Argumentationen und Aktionen (Moralische Appelle an die Gewissen der Mörder, Selbst-Opfer-Aktionen).

DIE REALITÄT HAT UNS WIEDER

Die Angst vor der nuklearen Katastrophe hat sich inzwischen wieder gelegt. Die Hst macht dies durch ihren neusten Propaganda-Feldzug, für einen Sicherheitstechnischen Ausbau der Waldheide (wegen "Terroristenangriffen"), deutlich. Die Aktionen an der Waldheide sind reichlich ausgedünnt, und ohne kulturelle Attraktion kommt kaum noch jemand zur Raketenbasis. Dieses Abflauen der Aktionen bieten uns nun die Möglichkeit in Ruhe, und grundlegender als bisher, über Perspektiven der Friedensbewegung und Ansätze zur Arbeit zu diskutieren.

DER WEG IN DIE SACKGASSE

Zuerst einmal zu den, meiner Meinung nach, beiden maßgeblichen Fehlentwicklungen der Friedensbewegung in der Debatte um den Nato-Doppelbeschluß. Das erste Problem lag in der Reduzierung der Argumentation auf diesen Doppelbeschluß, und die damit verbundene Ausrichtung der Arbeit auf eine Entscheidung des Bundestages. Daraus folgte für die Öffentlichkeitsarbeit eine Fixierung auf Aufklärungsarbeit über die Gefährlichkeit eines Atomkrieges und nicht über die Ursachen von Militarismus und Krieg. Wenn auf Ursachen eingegangen wurde, dann beschränkte sich dies meist auf psychologisierung der Ursachen und auf eine Suche nach dem Bösen im Menschen, anstatt auf gesellschaftliche Ursachen im ökonomischen Bereich. Durch diese Fixierung auf den Doppelbeschluß nahm die Friedensdebatte zeitweise rein militärpolitischen Charakter an, was dazu führt, daß es teils mehr darum ging andere Waffensysteme zu haben, als darum die Ursachen für die Notwendigkeit dieser Waffensysteme zu beseitigen. Das zweite Problem der Friedensbewegung lag in der, durch sie propagierten, Beschwörung des nuklearen Untergangs der Menschheit, oder zumindestens Europas, nach der Stationierung. Das dieser Diskussionstrang nach der Stationierung platzen würde war klar, deshalb kann das Festhalten daran, nur dadurch erklärt werden, daß an die Verhinderung des Stationierung, im wahrsten Sinne des Wortes, geglaubt wurde. Die Friedensbewegung ist letztendlich daran gescheitert, und hat dadurch so viele Menschen frustriert, daß sie mit den falschen Argumenten (nukleare Endzeit für Europa, Kritik der Kriegs-Waffen - nicht der Kriegs-Ursachen) und gegen den falschen Gegner (das Böse im Menschen, "unwissende, gewissensgeplagte" Politiker die bundesdeutsche Interessen verraten) gekämpft hat.

AUS DER SACKGASSE HERAUS

Was heißt dies nun für die Weiterarbeit. Wenn wir einen Kampf gegen Militarismus und Krieg, der nur ein sehr langfristiger Kampf sein kann, führen wollen, so müssen wir in gegen die Wurzeln des Überls. Das heißt, an den ^{richtigen} ökonomischen Verhältnisse, Privatkapitalismus im Westen und Staatskapitalismus im Osten, ansetzen und diese beseitigen. Erst eine sozialistische (nicht eine staatskapitalistische RGW) Gesellschaft, die in den Metropolen des Kapitalismus gesiegt hat, wird Frieden möglich

machen. Diese Umwälzung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung, was aber nicht bedeuten darf, diese langfristige Perspektive aus den Augen zu verlieren. Im Gegenteil, Anti-militaristische Arbeit muß gerade in diese Perspektive eingebunden sein. Wir müssen also in der Öffentlichkeitsarbeit über diese Ursachen für Militarismus und Krieg aufklären und sie in Zusammenhang mit ökonomischen Entwicklungen bringen. Wir müssen unsere Aktionen daraufhin ausrichten, daß sie, erstens das kapitalistische System treffen und zweitens Kampferfahrung für langfristige Auseinandersetzungen und Erfahrung über die eigene Stärke und Möglichkeiten, vermitteln. (10 000 bei einer verbotenen Demo in Brokdorf sind für diesen Staat gefährlicher als 100 000 bei einer Friedensdemo in Bonn) Aktionen müssen nach ihrer Wirkung bewertet werden, nicht danach ob sie legal oder illegal sind. Sowenig wie legale Aktionen grundsätzlich besser sind, gilt dies auch für illegale Aktionen.

KAMPAGNEN

Ansätze, wie eine Öffentlichkeitsarbeit mit weitergehenden, antikapitalistischen Inhalten aussehen können gibt es bereits und gab es auch in der Vergangenheit. Das Tribunal zum Weltwirtschaftsgipfel ist ein gutes Beispiel dafür. Themen für die Arbeit müßten u.a. sein: Theoretische Grundsätze über das kapitalistische Wirtschaftssystem | Entwicklung der ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse in der Welt (v.a. USA - Westeuropa - UdSSR - "Dritte Welt") | Alternativen zur bestehenden Wirtschaftsordnung | Auseinandersetzung mit der BRD - Wirtschafts- und Militärpolitik (wir dürfen nicht zum ideologischen Vorreiter für einen Neuaufbau der WEU als seinbare Alternative der NATO-Mitgliedschaft der BRD werden)

Soweit erst einmal genug. Das Ganze ist unzureichend, verkürzt und bedarf ausführlicher Auseinandersetzungen. Wir sollten sie führen.

TAZ vom 25.6.85:

KOMMENTAR

LOS

Bombenstimmung

Kaum eine 'Tagesschau' in letzter Zeit, die nicht ein neues grausiges Attentat meldet. Dem sich anschließenden Interpretationstaumel vor der heimischen Mattscheibe — stecken „Linke“, „Rechte“, CIA, Ghadaffi, der Ayatolla dahinter? — folgt die Besinnung auf persönliche Ängste: „Also, ich hole vom Flughafen niemanden mehr ab!“ „Am besten stornieren wir den Urlaubsflug und fahren mit dem Auto!“ „Aber das ist viel gefährlicher — es gibt 100 mal mehr Verkehrstote als Terroropfer.“ Das stimmt — auf dem Zebrastreifen einer bundesdeutschen Großstadt ist man dem Tod allemal näher als auf dem Flugplatz von Athen, Beirut oder Tokio. Das Präventivsystem „Straßenverkehrsordnung“ garantiert keinen Schutz vor der Katastrophe. Es sei denn, es geht so weit, jede Mobilität zu verhindern, den Verkehr zu „ordnen“, indem man ihn verbietet. Genauso paradox ist die Situation hinsichtlich des Terrorismus: Ein Staat, der jede Form des Terrorismus im Keime erkennen und verhindern will, müßte den Terror (in Form von „Security“) auf alle Ebenen übertragen — (der Einsatz von Sky-Marshalls in US-Flugzeugen deutet diese Entwicklung bereits an) — ein solcher Staat wäre terroristischer als die Terroristen selbst. Dieser Preis für Sicherheit ist zu hoch, und deshalb hat es keinen Sinn, über die derzeitige Bombenstimmung zu jammern. Eine Gesellschaft, die Autos produziert, produziert Unfälle, eine, die Waffen

produziert, produziert Attentate. — zum System gehört immer auch die Regelverletzung (durch „falsches“ Überholen, durch Bomben am „falschen“ Ort). Wie der Geisterfahrer die Ordnung des Verkehrs, so verletzt der Terrorist die Ordnung des Krieges — und das nicht erst seit vorgestern. Im Jahre 1892 wurden in Amerika 500, in Westeuropa über 1.000 Sprengstoffattentate registriert. Zwar hatten diese nicht die Auswirkungen der heutigen, aber sie waren technologisch auf der Höhe ihrer Zeit.

Daß der aktuelle Terror „effektiver“ ist, hat mit der Weiterentwicklung der Waffen und — und vor allem anderen — mit den Medien zu tun, ohne die weltumspannender Terrorismus nicht möglich wäre. Eine Lösung des Problems ist — so leid es mir tut — nur fundamentalistisch denkbar: Sprengstoff, der nicht hergestellt wird, kann nicht explodieren, ein Flugzeug, das mangels Sprit am Boden bleibt, kann nicht entführt werden. Für die Übergangszeit sei den Profis empfohlen, den Amateuren mit know-how zur Seite zu stehen, damit terroristische Unfälle (sollte die Bombe in Frankfurt wirklich in der Halle, und nicht ganz woanders hochgehen?) in Zukunft vermieden werden. Denn es stimmt schon, was William Burroughs sagt: Der Unterschied zwischen einem CIA-Agenten und einem Terroristen besteht darin, daß der eine zu einem offiziellen Verein gehört, während der andere bloß ein Bastler ist. mbr.

noch Fragen ?

"In allen Kriegen galt und gilt es Geld, Gut und Macht zu schützen oder zu erobern und Kriege wird es so lange geben, solange das Kapital das Volk beherrscht und unterdrückt! Drum macht Euch frei von bürgerlichem Vorurteil - kämpft gegen den Kapitalismus in Euch! Aus Eurem Denken und Tun spricht noch unendlich viel von Spieß- und Soldatentum!
Doch sag ich auch zu jenen bürgerlichen Pazifisten, die nur mit Händestreicheln, mit Teegebäck und frommem Augenaufschlag Krieg zu bekämpfen suchen: Kämpft gegen den Kapitalismus und Ihr bekämpft jeden Krieg! Wohl ist das Kapital Ursache jeden Krieges, doch Schuld am Kriege sind wir selbst.
Weigert den Dienst! Erzieht die Kinder so, daß sie sich später weigern Soldaten- und Kriegsdienste zu tun!"

Totalverweigerung

Verweigerung der Wehrpflicht



Totalverweigerung ist wohl das geläufigere Wort, aber weniger treffend. Es meint: Die Entscheidung, die sich gegen die Erfüllung der Wehrpflicht richtet, und sollte deshalb auch so genannt werden. WEHRPFLICHTVERWEIGERUNG. Wehrpflichtverweigerung ist eine Form des Widerstands gegen Militarismus und bedeutet die Ablehnung sämtlicher zur Erfüllung der Wehrpflicht beitragenden Vorgänge.
Und zwar in einer offenen und begründeten Form der Verweigerung. D.h., daß Desertion, frühzeitiges Absetzen nach Berlin oder etwa Trickserien, die bei der Musterung zur "Untauglichkeit" führen, zwar nicht moralisch geringer bewertet sind, aber eben keine Wehrpflichtverweigerung darstellen.
Wehrpflichtverweigerung ist die grundsätzliche und radikale Ablehnung jeglichen Kriegsdienstes, des Militärs und der Wehrpflicht. Die Verweigerung der Wehrpflicht ist die konsequente Fortsetzung der Kriegsdienstverweigerung.



Mögliche Schritte zur Verweigerung im Einzelnen:

Die Erfassung ist der erste Vorgang zur Einplanung in das militärische Konzept.

Die Musterung dient dazu, den "Wehrpflichtigen" nach militärischen Kriterien auf seine Verwendbarkeit zu prüfen. Verwendbar für die Vernichtung von Leben.

Mit der "Gewissensprüfung" betreibt der Staat eine Inquisition des Innenlebens und erklärt das noch als legitim! Aus Verhörsituationen heraus werden mit teilweise schikanös entwürdigenden Fragestellungen anmaßende, willkürliche Urteile gebildet. Eindeutig abgelehnt werden politisch denkende KDV's, weil sich Gewissen scheinbar nicht aus politischem Bewußtsein heraus entwickeln kann.

An sich ist das Verfahren ja auch nicht dazu da, die "Ersthaftigkeit" einer sowieso legitimen, menschlichen Gewissensentscheidung herauszufinden, sondern um die Kapazität der Bundeswehr zu gewährleisten. Das neue Gesetz auf KDV hat am erwähnten Charakter des Anerkennungsverfahrens nichts verändert, im Gegenteil, die Undurchschaubarkeit der Entscheidungen hat eher noch zugenommen. Auch der Zwangsdienstcharakter ist verstärkt (längerer Dienst, andere ZD-Stellen).

Der Zuvielendienst orientiert sich an den Maßstäben der Wehrpflicht (d.h. Verbot für politische Betätigung, Strafen für Dienstvergehen).

ZDL's sind billige Arbeitskräfte, die in vielen Bereichen die Arbeit von Fachkräften leisten können. So fällt es nicht auf, wenn im Sozialbereich eilingspart wird, das Sozialstaatsdeckmäntelchen wird erhalten und es sind Gelder frei für den Militärhaushalt!

Die Einsparungen durch den Einsatz von ZDL's lagen in den letzten Jahren bei 4,8 Milliarden DM.

Der Zuvielendienstleistende kann zum unbefristeten Dienst im Spannungs- und Verteidigungsfall herangezogen werden (§79 Zivildienstgesetz).

In den verschiedenen Arten der Verweigerung (Erfassungs-, Musterungs-, Kriegsdienst-, Ersatzdienst-, Überwachungsverweigerung und die Verweigerung der Teilnahme an der Gewissensprüfung) ist die konsequente Form des Widerstandes gegen die Wehrpflicht zu sehen. Darüber hinaus ist es notwendig, daß Möglichkeiten, die die Mittel und Methoden der gewaltfreien direkten Aktion voll ausgeschöpft werden. Hier ist es wichtig, daß auch diejenigen sich daran beteiligen, die sich ebenso betroffen fühlen, auch wenn für sie aus persönlichen Gründen die oben genannten Verweigerungsformen nicht oder nicht mehr in Frage kommen.



... UND DANN HAB ICH MICH GEWEIGERT DIE KNARRE WEGZUSCHMEISSEN UND HAB - ZACK PUFF PANG! NOCH EINEN UNGENOMMEN BEVOR SIE MICH HOPSGENOMMEN HABEN! HA! UND WAS HAST DU AUF DEM GEWISSEN MEIN JUNGE?

ICH HAB MICH GEWEIGERT NE KNARRE ZU NEHMEN UND DAMIT JEMAND UMZUNIMEN UND - ZACK PUFF PANG - HABEN SIE MICH HOPSGENOMMEN...

Beispielhafter Vergleich zwischen Zivildienst und soldatischen Gesetzen

Zivildienstgesetz (ZDG)

§27 Grundpflichten. (1) Der Dienstleistende hat seinen Dienst gewissenhaft zu erfüllen. Er hat sich in die Gemeinschaft, in der er seinen Dienst ableistet, einzufügen. Er darf durch sein Verhalten den Arbeitsfrieden und das Zusammenleben innerhalb der Dienststellen nicht gefährden.

(2) Außer Dienst hat sich der Dienstleistende außerhalb der dienstlichen Unterkünfte so zu verhalten, daß er das Ansehen des Zivildienstes oder der Einrichtung, bei der er seinen Dienst leistet, nicht ernsthaft beeinträchtigt.

(3) Er muß die mit dem Dienst verbundenen Gefahren auf sich nehmen, insbesondere, wenn es zur Rettung anderer aus Lebensgefahr oder zur Abwendung von Schäden, die der Allgemeinheit drohen, erforderlich ist.

(4) Er hat sich ausbilden zu lassen, wenn es die Zwecke des Zivildienstes erfordern.

§29 Politische Betätigung. (1) Der Dienstleistende darf sich im Dienst nicht zu Gunsten oder zu Ungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch mit anderen seine Meinung zu äußern, bleibt unberührt.

(2) Innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen darf die freie Meinungsäußerung während der Freizeit das Zusammenleben in der Gemeinschaft nicht stören. Der Dienstleistende darf dort insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet. Die gegenseitige Achtung darf nicht gefährdet werden.

§31 Dienstliche Unterkunft; Gemeinschafts-
verpflegung. Der Dienstleistende ist auf dienstliche Anordnung verpflichtet, in einer dienstlichen Unterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen. Dienstliche Unterkunft ist jede vom Bundesamt oder einer Dienststelle zugewiesene Unterkunft.

§41

(3) Gemeinschaftliche Beschwerden sind unzulässig.

Soldatengesetz (SG)

§11 Gehorsam. Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen

§17

(2) Sein Verhalten muß dem Ansehen der Bundeswehr sowie der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die sein Dienst als Soldat erfordert. Außer Dienst hat sich der Soldat außerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen so zu verhalten, daß er das Ansehen der Bundeswehr oder die Achtung und das Vertrauen, die seine dienstliche Stellung erfordert, nicht ernsthaft beeinträchtigt.

§15 Politische Betätigung. (1) Im Dienst darf sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen. Das Recht des Soldaten, im Gespräch mit Kameraden seine eigene Meinung zu äußern, bleibt unberührt.

(2) Innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen findet während der Freizeit das Recht der freien Meinungsäußerung seine Schranken an den Grundregeln der Kameradschaft. Der Soldat hat sich so zu verhalten, daß die Gemeinsamkeit des Dienstes nicht ernstlich gestört wird. Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet. Die gegenseitige Achtung darf nicht gefährdet werden.

§18 Gemeinsames Wohnen. Der Soldat ist auf dienstliche Anordnung verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen. Die zur Durchführung erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Bundesminister für Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern.

Wehrbeschwerdeordnung (WBO)

§1

(4) Gemeinschaftliche Beschwerden sind unzulässig. Insoweit wird das Petitionsrecht nach Artikel 17 des Grundgesetzes eingeschränkt.

Zivildienst bzw. Ersatzdienst ist Erfüllung der Wehrpflicht.

Das KUV-Recht in der BRD gewährt nur die Wahl (selbst die ist nicht frei) zwischen zwei Formen der Pflichterfüllung. Wehrpflicht und damit letztendlich die Existenz von Militär darf durch Kriegsdienstverweigerung nicht infrage gestellt werden und wird es auch nicht durch die Ableistung des Zivildienstes.

Zivildienst ist kein Friedensdienst und kann es auch nicht sein

Frieden als Abwesenheit struktureller Gewalt, als Vorhandensein einer gerechten, freien und sozialistischen Gesellschaft, die nirgendwo auf der Welt mehr Ursache für Kriege sein wird, ein solcher Frieden setzt eine grundlegende Veränderung unserer heute bestehenden Gesellschaft voraus. Friedensdienst in diesem Sinne heißt Kampf gegen die Ursache von Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung, - für eine konstruktive und radikale Veränderung. Das heißt mit an erster Stelle auch Kampf gegen das Militär. Oberstes Interesse des Staates ist, seine Kriegsführungsfähigkeit zu erhalten. Von daher kann es einen staatlich akzeptierten Friedensdienst nicht geben, solange es diesen Staat gibt.

Zivildienst ist wie andere zivile Hilfsdienste (über Zivilschutz und Zivilverteidigung) integraler Bestandteil moderner Kriegsführungskonzeptionen. Egbert Jehn hat es vor Jahren einmal sinngemäß so formuliert, daß man einen modernen Krieg gar nicht mehr ohne Zivildienstleistende führen könne. Der Referentenentwurf zum Zivilschutzgesetz dokumentiert eindrücklich, wie weit die zivile Kriegsorganisation im Hinterland schon notwendige Bedingung für die Bewegungs- und Kriegsführungsfähigkeit des Militärapparates ist.

Die rechtliche Grundlage für die unbefristete Einberufung anerkannter Kriegsdienstverweigerer zum "zivilen Kriegsdienst" ist im §79 des Zivildienstgesetzes niedergeschrieben.

Zivildienst ist Zwangsdienst

und "Zwangsdienst ist das Abzeichen eines Sklaven" (der Schottische Sozialistenführer Keit Hardie in einer Äußerung kurz vor dem Ersten Weltkrieg). Ein freier Mensch leistet seinen Dienst für die Gemeinschaft, in der er lebt, aus freien Stücken und selbstbestimmt. Ein dem Staat untergeordneter Dienst ist damit nicht vereinbar. Darüber hinaus ist der beste Dienst an der Gemeinschaft, u.a. die Arbeit gegen diesen Staat und die ihn tragende kriegsfördernde Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst ist nicht nur Sache der wehrpflichtigen jungen Männer. Kriegsdienst beginnt nicht erst bei Ausbruch der Feindseligkeiten, sondern bereits bei der psychologischen, politischen und wirtschaftlichen Vorbereitung zum Krieg. Durch die Notstandsgesetzgebung und neuerdings durch den Ausbau der Polizeigesetzgebung ist der gesetzliche Rahmen zur völligen Einbeziehung jedes gesellschaftlichen Bereiches für Kriegszwecke gegeben.

VERSUCHEN WIR, EIN HERRSCHAFTS-
FREIES, GEWALTFREIES ZUSAMMEN-
LEBEN SCHON HEUTE VORWEGZUNEHMEN.

CHRONIK DER GESCHEHNISSE DER LETZTEN WOCHEN

14.5.

200 m nach Waldbach Richtung Eschenau, links ab, Hasenbuckel Gemarkung Öhringen, 400 m im Wald MANÖVER der 56th Brigade mit MAN-Zugmaschinen, ohne PII-Raketen

14.5.

500m nach Hirrweiler Richtung Mainhardt links ab, 1. Weg rechts, 2 aufgerichtete und 4 liegende PII-RAKETEN

Am Abend waren weder in Waldbach noch in Hirrweiler Militärfahrzeuge zu sehen.



15.5.

In der Stellung bei Hirrweiler wurden wieder MAN-Zugmaschinen gesehen.

Am Abend fahren durch die Ortschaft Waldbach 4 MAN-Zugmaschinen.

ca. 27.4.-18.5.

In Großhöchberg (3km nach Spiegelberg) war vermutlich in diesem Zeitraum eine Kommandozentrale der US-Armee einquartiert. Höhere Offiziere waren im Gasthof Jägerhof, Soldaten im alten Schulhaus untergebracht.

16.5.

Mutlangen: 21 aufgeladene PII-Raketen im Depot

Im Raum Ulm/Hohenzollern/Schwäbisch Hall fand eine Übung von deutsch-, englisch- und amerikanischen Militärs statt. Vorgabe dieses Manövers: Feindliche Partisanen springen von Flugzeugen mit Fallschirmen in dieses Gebiet. Die Bevölkerung wurde mit Flugblättern (!) aufgefordert zu beobachten und bei der "Verteidigung" mitzuhelfen.

17.5.

11 Uhr 30 2 Düsenjäger aus nordost kommend fliegen über die Waldheide im Tiefflug. Durch die Druckwelle wird ein Lichtmast hinter Tor 2 um ca. 20 Grad niedergedrückt. Spätestens seit 18.5. brennen ständig die Lichtmasten.

21.5.

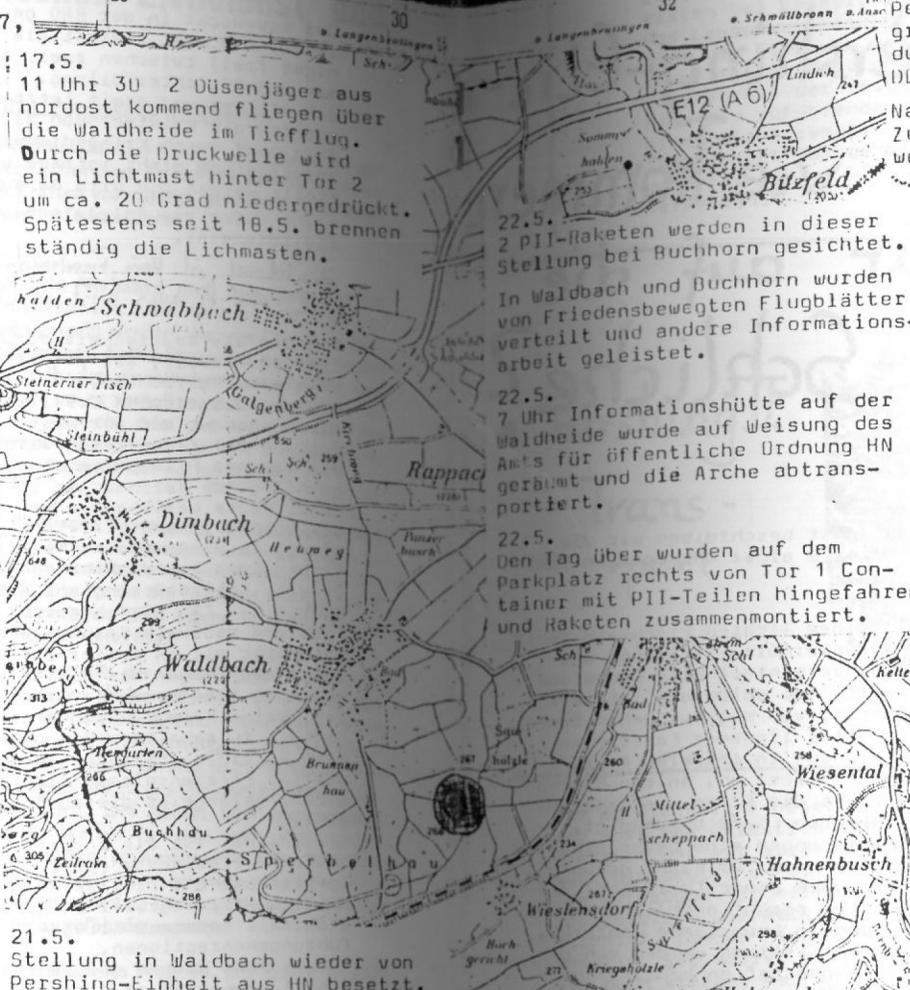
Stellung in Waldbach wieder von Pershing-Einheit aus HN besetzt. 500m entfernt übt auch die Bundeswehr.

21.5.

Bundeswehreinheiten auch in Vorhof, Hölzern und Cappel (132 div.) Französische Einheiten (Funke) in Öhringen und Löwenstein.

21.5.

Zwischen Buchhorn und Pfedelbach im Waldgebiet Buchenhau militärisches Sperrgebiet: Alarmstellung der 56. th Einheit aus HN.



22.5.

2 PII-Raketen werden in dieser Stellung bei Buchhorn gesichtet.

In Waldbach und Buchhorn wurden von Friedensbewegten Flugblätter verteilt und andere Informationsarbeit geleistet.

22.5.

7 Uhr Informationshütte auf der Waldheide wurde auf Weisung des Amts für öffentliche Ordnung HN geräumt und die Arche abtransportiert.

22.5.

Den Tag über wurden auf dem Parkplatz rechts von Tor 1 Container mit PII-Teilen hingefahren und Raketen zusammenmontiert.

26.5.

Besichtigung der verlassenen Stellung in Buchhorn: Einschüsse in Bäumen, viel Müll wird gefunden und zahlreiche Markierungen.

3.6.

ca. 8 Festnahmen bei Blockaden auf der Waldheide.

6.6.

Die Arche wird von ca. 20 Menschen vom Marktplatz wieder auf die Waldheide gezogen.

17.6.

Peace Pilgrimage (amerik. Friedensgruppe, die teilweise per Fuß durch die BRD an der Grenze zur DDR wandert) auf der Waldheide.

Nachmittags kommen 4 nagelneue Zugmaschinen an, die blockiert werden - 3 Festnahmen.



22.6./23.6.

Informationsstand von Friedensgruppen vor der Landesgartenschau.

23.6.

Während des "Ulmer Tages" auf der Landesgartenschau Landung von 9 Booten am Neckarufers des Geländes. Auf dem Gelände wird ein ca. 200m langes Band mit Aufdruck Rakete/Totenkopf entrollt.

Nachmittags große Blockade mit Gruppen aus Vaihingen/Enz, Ludwigsburg und der IG Metall. Es gab 11 Festnahmen. Außerdem fand ein Gottesdienst mit großer Beteiligung statt.

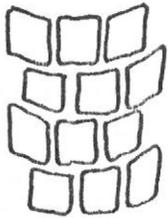
Merkmale einer Alarmstellung der Pershing-Einheit oder wie kommen wir dem Militär auf die Schliche?

Als erstes kauft ihr euch am besten eine Wanderkarte (1:50000) von einem euch nahe gelegenen betroffenen Gebiet und beschaut diese nach folgenden Kriterien:
(Nicht alle Kriterien treffen auf jede Stellung zu)

Waldstück auf einer Anhöhe (Berg) unnatürlich gut ausgebaute Straßen in der Umgebung. Von besonderer Bedeutung sind Waldstücke in Autobahnnähe (entweder nahe einer Auffahrt oder nahe einer Behelfsauffahrt).

Nun könnt ihr die in Frage kommenden Waldstücke erkunden.

Oft sind die Zufahrten Waldparkplätze. Von der Straße aus führen erstaunlich gerade (höchstens lang gezogene Kurven), und stark befestigte (geschotterte oder geteerte) Waldwege zur Stellung hin.



typisch versetzte Blöcke einer MAN-Spur

Zunächst beschreiben wir die Merkmale einer unbesetzten Stellung.

In einem lichten Mischwald fehlt das Unterholz (Sträucher und so). Vereinzelt sind Bäume gefällt, der Waldboden ist zerfahren, vom Weg aus gehen tiefe, parallel liegende Fahrrienen (Furchen) in größeren Abständen (10-20m) ab. An den Bäumen ist oft die Rinde von dagegen fahrenden LKW's beschädigt. Markierungen sind beispielsweise weiße Bänder um Bäume gebunden, besprühte Bäume (Vorsicht: der Förster sprüht auch), Patronenhülsen in Baumstämmen gesteckt. Um die Stellung werden von den Wachmannschaften behelfsmäßige MG-Nester gebaut, eine Erdgrube mit Zweigen abgedeckt. Ein deutlicher Hinweis ist der zurückgelassene Müll: amerikanische Zigarettenpackchen, Plastikgeschirr, leere Dosen. Wer Glück hat, findet auch schon mal Corneo beef, Peanuts butter, Strawberrys oder eine Lage-skizze der Stellung. Zeltner-

inge und Funkenkabelreste auf dem Waldboden oder vom Baum herunterhängend findet man/frau auf jeden Fall.

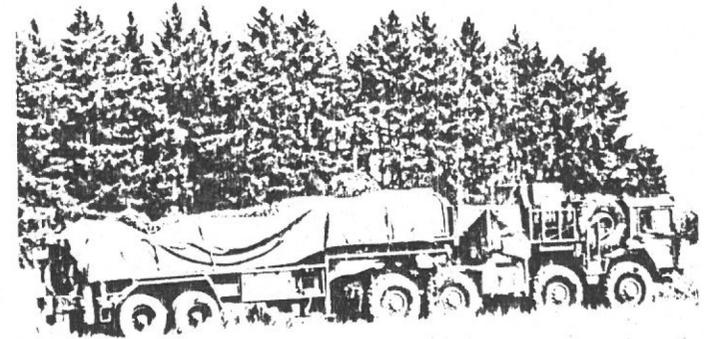
Um eine Stellung zu finden, kann es auch hilfreich, die Waldarbeiter oder den Förster zu fragen.

Lange bevor eine Stellung zum ersten Mal besetzt wird, vermisst das Landesvermessungsamt Stuttgart die Stellung und versieht die Bäume mit Bänderolen.

Eine Vorhut der 56.th Brig. vermisst die zuführenden Straßen (vor allem die Kurven).

Interessant ist es also auch schon, wenn nur wenige GI's den Wald vermessen.

Pershing II Trans- port



Und so sieht eine besetzte Stellung aus: das Waldstück ist voller Soldaten und vor allem auffällig, auch die deutsche Polizei ist da. Das Waldstück ist militärisches Sperrgebiet. Die Polizisten wissen "nichts", langes Fragen ist also unnötig. Sie wollen allerdings von euch wissen, wer ihr seid. Um Genaueres herauszubekommen, müßt ihr die Polizeisperre umgehen, ganz nach Gehör dem Generatoren-geräusch entgegen durchs Unterholz schleichen, rein in die Stellung und fotografieren nicht vergessen. (Filmwechsel nicht vergessen!!
Und vor allem: nie alleine gehen !!

An der Reaktion der Polizei bzw. der Wachmannschaft ist der Grad der Sicherheitsstufe zu erkennen. Es gibt keine Übungsstellungen ohne Raketen, die Einheit trainiert nur mit Zugmaschinen (keine Polizei). Es gibt Übungsstellungen mit Raketen ohne Sprengkopf, bei der Eindringen in die Stellung noch durchaus möglich ist. Und es gibt die feuerbereiten Alarmstellungen (Rakete mit Atomsprenghopf), wo schon beim Erkunden Vorsicht geboten ist.

Und nie vergessen: das Erkundete bei der Frida melden !!

Viel Glück beim Suchen
die Wühlmäuse

Bürger/innen beobachtet das Militaer !

Bürger/innen beobachtet das Militaer

Bürger/innen beobachtet das Militaer !

Seit geraumer Zeit ist die Anwesenheit der Friedensfreunde auf der Waldheide eher zufällig. Es wird nur noch sporadisch oder spontan beobachtet und blockiert. Damit wir (FRIDA) wichtige Auffahrten und Manöver nicht verpassen, hoffen wir nun auch verstärkt auf die Friedensfreunde in den umliegenden Gemeinden und Kreisen. Sie sollten uns als aufmerksame Leser der örtlichen Amtsanzeiger Manöverankündigungen und Veränderungen im zivil-militärischen Bereich mitteilen.

Wir in Heilbronn wollen erst dann wieder Schwerpunktbeobachtungen organisieren, um den Raketentransporten in die vorbereiteten Stellungen im Heilbronner Raum zu folgen.

Gründe die mich zur Personalienverweigerung bewogen:

Verhandlung am 4. Juni 1985

Ich möchte kurz zum Datenschutz Stellung beziehen, dann allgemein-persönlich über Rechtsempfinden, Recht und Pflicht im moralischen Sinne etwas sagen und zum Schluß über den Verlauf und wie es zu meiner Personalienverweigerung, in meinen zwei konkreten Fällen kam berichten.

Zum Ersten habe ich die Broschüre von Frau Leuze, der Datenschutzbeauftragten von Baden Württemberg angeschaut und folgendes was mir wichtig erschien in Sachen Mutlangen, bzw. Nötigung, bzw. auch P-II-Depot Waldheide betreffend herausgegriffen:

Bei sogenannten Nötigungen wurden ED-Behandlungen durchgeführt zum Zweck zukünftiger Ermittlungen. Die Kripo in Schwäbisch Gmünd verfertigte vier Lichtbilder von der betroffenen Person, wobei eins für SCHWÄBISCH GMÜND-STRASSDORF verwendet und eins für die KRIMINALAKTE die für jeden Blockierer in Schw. Gmünd angelegt wurde.

Zwei Lichtbilder wurden an das LANDESKRIMINALAMT weiter gereicht, von denen eines der Erkennungsdienstdatei des BUNDESKRIMINALAMTES Zugesandt war und eins der zentralen Lichtbildsammlung des LKA. Das LKA leitete gleich beide Lichtbilder, nach dem die zentrale Lichtbildsammlung nicht existierte, ans BKA weiter. Dieses sollte allerdings eins der beiden sofort vernichtet haben.

Des weiteren wurde eine Speicherung der Personalien in der PERSONENAUSKUNFTSDATEI vorgenommen:

Die Landespolizei in Stuttgart nahm sich allen Vorgängen von Mutlangen an. Nach den Ermittlungen wurden die Daten in die autoatisierte Personenauskunftsdatei (PAU) des Landes gespeichert, der Speicher aller Straftaten, ausschließlich Verkehrsdelikte, 22 000 Polizisten im Lande können im Sekundärbetrieb zugreifen. - Die Löschung ist vorläufig nach einem Zeitraum von 10 Jahren gedacht.

Eine Speicherung im bundesweiten KRIMINALAKTEN-NACHWEIS ist vorgesehen. KAN ist eine seit 1981 von der Innenministerkonferenz beschlossene Datei für -> "in Fällen schwerer oder überregionaler bedeutsamer Straftaten". Ihr Ziel ist es: Den Überregionalen Straftäter zu erkennen und wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Unterrichtung des Landes- und Bundeskriminalamtes im Rahmen des KRIMINALPOLIZEILICHEN MELDEDIENSTES IM STAATSSCHUTZSACHEN in Sachen Blockierer wurde für nötig befunden. Im Rahmen dieses Meldedienstes müssen Polizeidienststellen u. a. alle Ermittlungsverfahren wegen Friedensverrats, Hochverrats, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Landesverrats, Hochverrats, Agententätigkeit zu Sabotagezwecken, Bildung terroristischen Vereinigungen über das Landeskriminalamt dem Bundeskriminalamt mitteilen.

Das BKA setzte das Speicherungsverfahren weiter fort, indem es die Personalien der Blockierer samt einer Aktenfundstelle in das NACHTLICHTERDIENSTLICHE INFORMATIONSSYSTEM DER VERFASSUNGSSCHUTZBEHÖRDE (NAVIS) eingab. Dort wird der Aktenbestand solange erfasst, bis die geplante ARBEITSDATEI SIGS-INNERE SICHERHEIT (APIS) für den Bereich der Staatsgefährdung eingeführt ist.

Als letztes bleibt auch das LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ von einer Unterrichtung der "Vorfälle" nicht ausgeschlossen.

Die rechtliche Bewertung durch Frau Leuze sieht ganz kurz so aus: Das Erheben und Verarbeiten der Daten von Blockierern in Mutlangen stand und steht in mehrfacher Hinsicht mit geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht im Einklang.

Hier möchte ich nun den Datenschutzteil mit zwei Zitaten abschließen und zum persönlicheren Teil übergehen:

"Es darf nicht sein, daß wir uns nicht beizeiten aufraffen und die Einsicht, den Ernst und den Mut aufbringen, der Rombe zu entsagen, um uns mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen."

Albert Schweitzer

"Es wird keinen Siegesruf geben, sondern nur das untröstbare Weinen der Menschheit, die verzweifelt die Katastrophe schauen wird, die sie ihrem eigenen Wahn zuschreiben muß."

Pius XII

Es wird eine Überwachung und Kriminalisierung gegenüber den Leuten praktiziert, die sich, mit aller Ehrlichkeit und Offenheit, gegen ein Unrecht, das die Vernichtung der gesamten Welt zur Folge haben könnte, zur Wehr setzen.

Es findet eine Kriminalisierung der Leute statt, die sich gegen atomare Rüstung zur Wehr setzen, auch dann schon, wenn sie ihren Protest lediglich - und dies gegebener falls durch Mahnwachen, durch ihre Präsenz am Ort, wo geplantes Verbrechen deutlich zur Ansicht geboten wird. An Hand der laufenden Observation von den Personen, die sich an Massenvernichtungswaffendepots ihr Nicht-Einverständnis der Öffentlichkeit mitteilen, findet Kriminalisierung statt.

Ich wehre mich dagegen, daß ich kriminalisiert werde - auf welche Art auch immer - auf Grund dessen, daß ich damit nicht einverstanden bin, daß die Menschheit vernichtet wird, daß auch "nur" ein Teil der Erde und ihr Leben vernichtet wird.

Ich wehre mich dagegen daß ich kriminalisiert werde auf Grund dessen, daß ich mich wegen zweidrittel der Menschen die in elendesten Verhältnissen sterben, ja, krepieren müssen, verpflichtet sehe zu handeln und nicht mehr bereit bin zu zusehen, mit

Ich wehre mich gegen die Kriminalisierung die geschieht auf Grund dessen, daß ich nicht mehr bereit bin zu zusehen, wie Hunger in der 3. Welt durch eine Wirtschaftspolitik, Pacht- und Rüstungspolitik, deren eine ihrer Produktionen die Atomwaffe ist, gemacht und gepflegt wird.

Die Gesellschaft investiert weltweit 16.000 Dollar jährlich pro Soldat und 260 Dollar jährlich für ein Schulkind.

Die Entwicklungsländer investieren dreimal mehr in die Absicherung gegen einen militärischen Angriff als in die Lösung der Gesundheitsprobleme, von denen die Menschen täglich betroffen sind. Die 3. Welt wird zu modernsten Waffen geführt, mit ihnen beliefert, in Abhängigkeit zur ersten Welt gebracht durch immer höhere Verschuldung, aber auch in der Einführung und Wartung die diese Waffen erfordern.

Die Tatsachen sehen für mich derart aus, daß sie ständig ad absurdum geführt werden. Damit meine ich, daß die tatsächlichen in tragischstem Ausmaße geschehenden Verbrechen legalisiert sind und werden, diejenigen aber, die sich um das Leben mühen und Verantwortung ihm gegenüber zu zeigen, es zu achten und zu erhalten suchen verurteilt und bestraft werden. Ich habe nicht das Recht passiv zuzuschauen wie Tod geplant wird, wie Mord täglich stattfindet und ich kann nicht einmal - im Sinne der Verantwortung - diesen Tod verdrängen und irgendwo weit weg von mir mit gestörten sein lassen. Ich bin verpflichtet entgegenzusetzen was in meinem Vermögen liegt und somit möchte ich zurückkommen, fühle ich mich gleichermaßen verpflichtet, mich gegen die Kriminalisierung im Rahmen der Kartellisierung und Computerisierung meiner Daten zur Wehr zu setzen, auch wenn sie, die Kriminalisierung, damit vielleicht nicht geringer wird. Es wird bewußt durch solches Vergehen, wie das ständige Überprüfen der Personalitäten eine Verunsicherung und Einschüchterung angestrebt, gegen die ich entschieden auftreten muß.

Ich habe die Angabe meiner Personalien am 14.1.1985 verweigert, so wird's mir vorgeworfen, wobei ich in diesem Fall noch richtig stellen will

nämlich, daß ich bereit war sie anzugeben, aber keinen Paß bzw. Ausweis bei mir führte, dies allerdings in anderen Fällen keine Rolle spielte und die mündlich übermittelten Daten auch so überprüft werden konnten. Diese zwei Beamten waren allerdings anderer Meinung obwohl ich in eine sechsköpfige Gruppe miteingebunden war, da alle ihre Ausweise vorzeigen konnten, schien ich nicht glaubwürdig genug zu sein. Ich ging dann widerstandslos mit den Beamten auf das Polizeirevier Heilbronn mit, wo ich dann den sich dortig befindlichen Personen die Findung meiner Identität überließ. Ich wurde von einer Frau durchsucht und als ich anschließend in die Arrestzelle, in der ich eine Nacht und einen halben Tag verbrachte, geführt wurde, meinte ein Polizist: Ach ha, wir spielen hier ein Spiel und Sie müssen halt mitspielen. Bei den beiden Polizeibeamten die mich in diese Situation gebracht hatten, gewann ich den Eindruck, daß es ihnen in der Zwischenzeit etwas leid tat, so gehandelt zu haben.

Dann möchte ich noch dazusagen: Dieser Spaziergang auf der Waldheide war ein paar Tage nach dem P-II-Unfall, bei dem 3, inzwischen 4 Menschen ums Leben kamen. Ich habe unmittelbar vor diesen polizeilichen Maßnahmen, die notwendig sind um ein besonders gefährdetes Objekt zu schützen, mit einem amerikanischen Soldaten gesprochen, der sehr seine Betroffenheit über das tragische Unglück zum Ausdruck brachte. Er wünschte sich selbst weg von diesem Ort.

Im 2. Fall, am 20.1. dieses Jahres, bin ich zur Mahnwache vor das Tor I getreten, in der Zwischenzeit war mir bekannt wie sogenannte Personenkontrollen aufgenommen werden, nämlich, daß auf der Heilbronnerpolizeidienststelle Karlsstr. Din a 5 Karteikarten AA von uns, d. h. von Waldheidebesuchern aufs genaueste geführt, angelegt wurden, mit dem Vermerk: zur Weitergabe an die KP Heilbronn - ein unüberlegter Mandariff eines Polizeibeamten, er ließ die Kartei dann auch gleich wieder beschämt verschwinden. Diese Entdeckung wurde gemacht, nach dem am selben Tag, es war am Freitag, den 18.1.85 bei einem Gespräch mit Herrn Birkle (Polizeioberster in Heilbr.) dieser beschichtigte und lediglich von Schmierzetteln sprach, von denen er auch einen vorzeigte, mit diesen bestimmt nichts weiter unternommen würde, als daß sie nach kurzer Zeit im Papierkorb verbleiben würden. Das zum ersten und zum 2. ist in dieser Zeit ein Artikel in der Heilbronnerstimme erschienen, der sich auf Sachen Personalien und Ermittlungen bezog, (ich las ihn vor, daraus folgte ausdrücklich die Speicherung im NAUIS von diversen Leuten)

Der Datenschutz ist also grad soviel wie in Mutlangen in UN umstritten und dies bewog mich dann bei der Abfrage meiner Personalien zu verweigern um so mehr als daß zu diesem Zeitpunkt kein Grund vorlag zu glauben, daß in diesem Rahmen wie er sich bot bei der Mahnwache am 20.1. eine "Straftat" erfolgen könnte. Noch beim Hinzugehen auf das Tor eins, das sich an einer Durchfahrtsstraße befindet, verlangte ein Polizist meine Personalien.

Ich wurde verurteilt im Namen des Volkes, mit der Begründung, daß meine Einwände nichts mit der Sache zu tun hätten bzw. meine Kritik am Datenschutz sicherlich begründet sei aber an einen anderen Ort gehörten, ansonsten hätte mein Einspruch lediglich seine Berechtigung wenn Schikane vorgelegen wäre, doch dies gegebener falls nicht zutrefte. Diese Sache habe mit Politik nichts zu tun.

Der Richter war ansonsten sehr nett und bot mir eine menschliche Atmosphäre, wie viel anders in Schw. Gmünd. ^Ameine Einwände und Kritik vorzutragen. bringen.

die es mir ermöglichte

Die Kritik habe ich nicht auf Grund der jeweiligen Referenzen, sondern weil sie mir selbst entstanden wie Tingen gesehen und mir persönlich erschienen, gefällt.

„Mutlangen“ vor Gericht:

Ehemaliger DDR-Bürger wegen Nötigung verurteilt

Fünf Monate Ersatzhaft für Michael Köhler

Schwäbisch Gmünd (pm). Michael Köhler, ein 30jähriger ehemaliger Landwirtschaftsstudent aus Nürtingen wurde vom Amtsgericht Schwäbisch Gmünd wegen der Teilnahme an 13 Blockadeaktionen vor dem Mutlanger Pershing II Depot, zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen verurteilt. Er wird seine Strafe aber mit einer fünfmonatigen Haft absitzen müssen.

Dies ist für Köhler nicht die erste Haftstrafe. In der DDR saß der junge Mann bereits mehrere Monate wegen sogenannter „Republikflucht“ im Gefängnis, bevor er 1973 in die Bundesrepublik abgeschoben wurde. Als

er letztes Jahr in die DDR einreiste wurde er wiederum sechs Wochen festgehalten und von der Staatssicherheit verhört.

Köhler zählt zu den engagierten Nachrüstungsgegnern, die es ablehnen die ausgesprochenen Tagessätze zu bezahlen. Dafür muß er seit heute in der Haftanstalt einsitzen.

Bisher mußten 17 Menschen wegen der Teilnahme an Blockadeaktionen sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen absitzen. Mitglieder der Friedensgruppe Nürtingen werden Michael Köhler zur Justizanstalt Rottenburg begleiten und dort eine Mahnwache stellen.

Michael erzählt der „Nürtinger“ Stadtzeitung in einem Interview folgendes:

„Am Anfang meines Engagements für den Frieden stand der Eintritt in die DFG/VK. Der äußere Grund war zunächst die Musterung für die Bundeswehr. Dies war meine zweite Musterung. Die erste hatte ich noch in der DDR. Ein Grund, warum ich die DDR verließ, war der Umstand, daß ich dort nicht in die NVA (Nationale Volksarmee) eintreten wollte, aber sicher nicht darum, um dann hier in der Bundeswehr Dienst leisten zu müssen. Ich verweigerte den Kriegsdienst in der BRD, weil mir damals klar wurde, daß man in beiden deutschen Staaten in die Militärmaschine gepresst wird, obwohl es nicht den Interessen der Menschen entspricht.“

(...)

Mutlangen ist der Ort, wo die ersten Pershing II stationiert werden sollten. Für mich war klar, mich an dortigen Blockadeaktionen zu beteiligen. Ich bin überzeugt, daß wir nicht weiter Kompromisse schließen können, die unser aller Leben bedrohen. Die Mahnwachen und Behinderungen vor dem dortigen Atomwaffenlager machen Mutlangen zum Symbol des Zivilen Ungehorsams in der BRD. Es überrascht mich nicht, daß diese Aktionen von der Staatsanwaltschaft nicht tatenlos hingegenommen werden.“

Michael mußte also wegen der dreizehn Blockaden, an denen er von Dezember 1983 bis Februar 1984 teilgenommen hat und einem „Picknick auf der Friedeinswiese“ Ostern 1984 für 150 Tage ins Gefängnis, weil er die Geldstrafe nicht bezahlt hat, um deutlich zu machen, daß der Staat nicht auch noch an der Kriminalisierung des Protestes gegen die Aufrüstung verdienen soll.

Im Namen des Volkes
Urteil

In den letzten Monaten häufen sich nunmehr die Gerichtsurteile gegen Mitbürger, die sich in Aktionen des Zivilen Ungehorsams der Aufrüstung durch die Stationierung der Pershing II widersetzt haben. Neben vereinzelt Freisprüchen werden sie fast ausnahmslos wegen „verwerflicher und gewaltsamer Nötigung“ verurteilt, wenn sie an Blockadeaktionen teilgenommen haben.

Der aus der DDR stammende Michael Köhler ist einer der weit über Tausend, die allein in Mutlangen festgenommen wurden und vom Amtsgericht Schwäbisch Gmünd „Im Namen des Volkes“ verurteilt wurden, weil sie sich vor Fahrzeuge der Pershing-Einheit setzten.

Seit dem 13. Mai muß er in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg fünf Monate Ersatzfreiheitsstrafe absitzen.

Michael Köhler mußte auch schon in der DDR aus politischen Gründen ins Gefängnis; „unerlaubte Grenzverletzung“ hieß der Haftgrund. Jetzt sitzt er, der weder in der Nationalen Volksarmee noch der Landeswehr das Töten lernen wollte und in Mutlangen gewaltfrei protestierte, in der Bundesrepublik im Gefängnis.

Die Verurteilung und Inhaftierung Michael Köhlers und anderer Mitbürger wegen „Nötigung“ geschah nicht in unserem Namen.

Wir protestieren gegen diese Form der Strafverfolgung, die versucht, eine politisch-existenzielle Auseinandersetzung durch exemplarische Kriminalisierung zu unterdrücken!!!

Wir fordern: die sofortige Freilassung Michael Köhlers und aller anderen wegen ihrer Teilnahme an gewaltfreien Blockadeaktionen wegen Nötigung verurteilten Mitbürgern.

Wer etwas für Michael tun will, hat u.a. folgende Möglichkeiten:

- An Michael schreiben
Anschrift:
Michael Köhler
JVA-Rottenburg - Außenstelle
Haßhalderbuch - Oedenwaldestetten
7425 Hohenstein

- Den Menschen, die sein Handeln im „Namen des Volkes“ verurteilt haben und es als verwerflich bezeichneten, sich dem Rüstungswahnsinn zu widersetzen, mitteilen, wie diese Urteile auf euch wirken.

Herr Dr. Röhrle
Direktor d. Amtsgericht
Rektor-Klaus Str.
7070 Schwäbisch Gmünd
Helga Rühr
Beethovenstr. 53
7075 Lorch

Hugo Abele
Schlechtbach
7162 Gschwend

Kalifornische

Impressionen

In Eis und Schnee verlasse ich Heilbronn, wenige Tage nachdem die Blockade auf der Waldheide begonnen hat. 24 Stunden später in Oakland, mitten in der Bucht von San Francisco, erwartet mich ein milder Frühlingsabend. Mimosen blühen und Akazien.

Ich wohne in San José, dem Zentrum von Silicon Valley. Es ist eine endlos sich hinziehende Stadt ohne Zentrum, so weitläufig, daß man zum Supermarkt "um die Ecke" tatsächlich kaum zu Fuß gehen kann, will man nicht gleich Stunden investieren.

Gleich am ersten Abend werde ich von meinem Gastgeber, in der Forschung in Silicon Valley tätig, gefragt, wie denn das sei bei uns mit den Atomwaffen, ob die Menschen davon wüßten, ob sie glauben, durch diese Paketen geschützt zu sein, ob es auch Widerstand gäbe. Sein Interesse überrascht mich umso mehr, da er mich vorher nicht kannte und auch von meiner Tätigkeit in der Friedensbewegung nichts wußte. Ich frage nach Friedensgruppen in Californien. Es gebe sehr viele, meint er. Er selbst zögere noch, aber eigentlich müßte man schon etwas tun gegen den Rüstungswahnsinn. Er kenne dort viele Leute, wolle mich mit ihnen zusammenbringen.

Wenige Tage später besucht uns Nancy. Sie ist Mutter zweier erwachsener Töchter, ist bei FREEZE engagiert. Sie gehört einer Gruppe an, in welcher sich jeder verpflichtet hat, innerhalb eines Jahres mit einer russischen Familie Freundschaft zu schließen. In jeder freien Minute wird nun russisch gepaukt, die Rußlandreise vorbereitet. Vorträge über Land und Leute, Geschichte der UdSSR organisiert. Ihre Gruppe besteht aus ca. 40 Personen. Es ist eine nicht kirchlich orientierte Gruppe. Die Initiative zu dieser Aktion ging jedoch von religiös bestimmten Gruppen aus, wie überhaupt in der amerikanischen Friedensbewegung die Kirche ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Nancy hat mir eine Liste der Friedensgruppen in der Region von San José mitgebracht, in der Größe vergleichbar etwa der Region Franken. Sie ist 4 1/2 Seiten lang.

San Diego an der mexikanischen Grenze ist die zweitgrößte Stadt Californiens. San Diego ist Sitz von General Dynamics, Produktionsstätte der Cruise Missiles. Dort treffe ich Margaret und Maria, beide Lehrerinnen. Sie sind in einer christlichen Gruppe tätig, demonstrieren vor dem Werk von General Dynamics, wurden auch schon festgenommen und zu Geldstrafen verurteilt, die sie sich weigern zu bezahlen.

In San Diego erscheint jeden Monat ein sogenannter Peace Calendar, in dem sämtliche Friedensveranstaltungen eines Monats angekündigt werden. Es sind so viele, daß man jeden Tag eine oder sogar mehrere besuchen könnte.

Los Angeles, Inbegriff von Californien, Sonne und süßem Leben. Ich wohne hoch über der Stadt, blicke am Abend auf das Lichtermeer hinab bis zum Pazifik. Am Morgen weckt mich ein echter Coyote, der im Garten nach Essbarem sucht. Meine Freundin brachte mich mit Doris zusammen. Doris arbeitet an der Uni. Sie hat zwei halbwüchsige Kinder. Jahrelang war sie Präsidentin der "League of Women Voters", einer Organisation, die in den ganzen USA verbreitet ist. Sie ist aus der Suffragettenbewegung hervorgegangen und leistet auch heute noch, besonders in ländlichen Gebieten, wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der Frauenrechte. Gleichzeitig engagiert sie sich aber auch in der Friedensarbeit. Doris kann überhaupt nicht verstehen, daß es bei uns so viele so wenig organisierte Grüppchen gibt. Sie kann sich nicht vorstellen, daß so überhaupt sinnvoll

In Los Angeles traf ich auch mit Al Cohen zusammen. Er ist Studentenpfarrer an der Uni, ein sehr dynamischer, aufrechter Streiter des Herrn. Er gehört zu den treibenden Kräften der "Pledge of Resistance", einer Selbstverpflichtung zu Widerstand und zur Solidarität mit Nicaragua. Er glaubt, daß im Falle einer Invasion Reagans in Nicaragua ein Aufruf der Friedensbewegung zum Generalstreik die gesamte amerikanische Wirtschaft blockieren könnte. Eine transatlantische Zusammenarbeit würde er sehr begrüßen.

Dann ist da noch Mary Clarke von "Women Strike for Peace". Auch sie ist sehr an einem Informationsaustausch und evtl. auch Zusammenarbeit bei Aktionen mit deutschen Gruppen interessiert.

Eine andere interessante Gruppe ist "Beyond War". Sehr einflußreich ist dort Betsy Bechtel, Bürgermeisterin von Palo Alto, einer Stadt südlich von San Francisco. Ich hatte leider keine Zeit mehr, mit ihr persönlich zusammenzutreffen. Aber der Grundgedanke von "Beyond War" ist so einfach und einprägsam, daß ich ihn aufschreiben möchte: "Die Menschheit hat den Kannibalismus überwunden, die Menschheit hat die Sklaverei überwunden. Jetzt ist es an der Zeit, den Krieg zu überwinden."

Die meisten der Gruppen, mit denen ich Kontakt hatte, sind überregional. Viele haben eigene Monatszeitschriften. Überhaupt wird im Gegensatz zu hier Koordination groß geschrieben. In jeder größeren Stadt gibt es regionale Koordinationsbüros. Häufig ein e.V., so z.B. in San Diego. Dieses Büro gibt den Peace Calendar heraus und sorgt u.a. auch dafür, daß vor dem Gebäude der Staatsverwaltung sofort Mahnwachen aufziehen, wenn einem Wehrdienstverweigerer Schwierigkeiten gemacht werden.

In diesen Büros kann man Filme und Info-Material ausleihen, Redner anfordern, Unterstützung bei der Organisation von Aktionen bekommen. Seit einiger Zeit gibt es sogar ein "24-hour National Emergency Hotline", ein Krisentelefon mit mehreren Leitungen, wo man rund um die Uhr das Neueste über Mittelamerika erfahren kann.

Ich hatte vor dieser Reise keine Ahnung, daß die Friedensbewegung drüben so stark und lebendig ist. Al Cohen glaubt, daß heute über 50% der Bevölkerung dahinterstehen. Es ist gut, das zu wissen. Es macht Mut, wenn hier wieder mal alles so zäh ist, wenn man immer wieder als idealistischer Spinner abqualifiziert wird.

Fazit dieser Reise:

1. Der internationale Aspekt der Friedensarbeit sollte viel mehr beachtet werden.
2. Was die Breitenwirksamkeit der Friedensarbeit betrifft, sind sie uns drüben ein ganzes Stück voraus.

Vielleicht sollte man wirklich mal über effektivere Organisationsformen nachdenken.

Allerdings: Das Gefühl, daß die Zeit drängt, daß wir nicht mehr warten können, haben wir in Europa, glaube ich, sehr viel deutlicher. Davon ist in Californien

Termine Termine

3.7.	ALL und die Falken Veranstaltung zu den neuen "Verkehrstarifen" 19 Uhr Wilhelm-Waiblinger Haus	19.7.	Festgenommene tauschen sich aus! 19 Uhr 30 Troubadour
4.7.	Selbstdarstellung und Info-Abend der FRIDA 19 Uhr Hans-Rießer-Haus	20.7.	Hiroshima-Forum in Neckargan- tach
6.7.	Tag für Nicaragua auf der Waldheide	27. Oktober - 2. November	DDR-Fahrt der SJD-die Falken HN
6.7.	Protestkundgebung gegen den Neubau von Autobahn- auffahrt im Stadtseebach- tal	26.7.-11.8.	SJD-Die Falken Sommerzeltlager in Jugos- lawien
7.7.	Marbacher Songgruppe auf der Waldheide 15 Uhr 30	27.7.-9.8.	Manufreizeit im Donau- tal
9.7.	Prozeß wegen "Beleidigung der Jungen Union" 9 Uhr 15 Landgericht		
10.7.	Vortragsabend in der Nikolaigemeinde Prof. Dr. Henseler "Psychologie des Feind- bildes" 20 Uhr		
13.7.	Gesprächskreis auf der Waldheide 18 Uhr "Rolle der BRD in der Nato"		
16.7.	Koordinationsstreffen 19 Uhr 30 Wilhelm-Waib- linger-Haus		
17.7.	Veranstaltung der ÖTV zum "Zivilschutzgesetz" Gewerkschaftsnaus		

Gruppentreffen

"FI Lauffen" trifft sich jeden
1.+3. Donnerstag im Monat im
Herzog Christoff um 20 Uhr

"FI Uhringen" 14täglich, montags
in der Gaststätte Schillerplatz
um 20 Uhr

"FI NSU" donnerstags im Jugend-
haus NSU um 19 Uhr 30

"Krisendienstverweigerungsberat-
ung" der DFG-VK dienstags im
Wilhelm-Waiblinger-Haus, 19 Uhr 30.

"FI Sinsheim" 14täglich, mittwochs
in der Gaststätte Stadtpark um
20 Uhr

"FI Waldenburg" alle 14 Tage,
donnerstags, Gaststätte Berg-
stühle um 20 Uhr

"AK Frieden, Umwelt, Theologie"
montags im evang. Gemeindehaus
Übereisesheim um 20 Uhr

"FI HN" alle 14 Tage montags
im Eulenspiegel, 20 Uhr

"Frauen für den Frieden" 14täglich
mittwochs im Bella Donna 20 Uhr

"FI Schwaigern" mittwochs 20 h

"Ohne Rüstung leben" montags
Frankfurterstr. 16/1, 19 h 30

"Frauenfriedensgruppe" 14täglich
dienstags 20 Uhr VFR Heim Groß-
bottwar

"Weinsberger Bürger für den Frie-
den" jeden 1. Dienstag des Monats
in der Gaststätte Lamm oder Post
in Weinsberg

"Pax Christi HN" treffen sich
unregelmäßig, Kontaktadresse:
Roland Braun Tel HN/576185

Jeden Freitag 18-19h Schweige-
kreis für den Frieden vor dem
alten Rathaus in Sinsheim

"Blockadeforum" donnerstags
20 Uhr Grillhütte Waldheide

"Gesprächskreis" samstags
Grillhütte Waldheide 18 Uhr

überlegt Euch
auch mal
etwas !

An alle Mitfahrer/innen der Strecke Waldheide-Polizeirevier,

Die Zahl der festgenommenen Blockierer/innen
auf der Waldheide ist inzwischen auf über 200
gestiegen.

Und da die Blockade nun schon seit mehr als
4 Monate läuft, wäre es mal an der Zeit, sich
über Strafbefehle, Prozesse usw. - kurz über
Gegenschritte der Staatsmacht - Gedanken zu
machen !

Zum gemeinsamen Austausch - über schon gemachte
Erfahrungen - zum Fragen - oder um das weitere
Vorgehen zu besprechen

wird nun am **Freitag 19.7.**
um **19³⁰ Uhr**
im **Troubadour**

ein Treffen stattfinden.

Alle diejenige, die schon mal in der Karlstraße
gelandet sind, sollten doch bitte kommen.
Leider haben wir nicht alle Namen der festge-
nommenen 'Ungehorsamen', gebt darum bitte die
Information weiter.

